

AHV-Sicherung: Landtag macht Druck

Nach monatelangem Warten kündigt der Gesellschaftsminister den Vernehmlassungsbericht zur AHV-Sanierung in Kürze an.

Desirée Vogt

Die Debatte über den AHV-Jahresbericht geriet am Freitag im Landtag fast zur Nebensache. Im Zentrum stand vielmehr die Frage, wann Massnahmen zur langfristigen Sicherung des Sozialwerks präsentiert werden. Die gesetzliche Frist hat die Regierung seit Monaten überschritten. Nun verspricht Gesellschaftsminister Emanuel Schädler erste Vorlagen für die kommenden Wochen.

Frist ist im Dezember 2025 abgelaufen

Der Geschäftsbericht der AHV/IV/FAK-Anstalt für das Jahr 2025 fiel erfreulich aus, doch die Abgeordneten trieb eine tieferliegende Sorge um: die langfristige Sicherung der Altersvorsorge. Das versicherungstechnische Gutachten 2024 hatte aufgezeigt, dass das AHV-Vermögen in den kommenden zwei Jahrzehnten ohne Gegenmassnahmen unter die gesetzliche Mindestreserve von fünf Jahresausgaben fallen wird. Dieser Befund löste einen gesetzlichen Automatismus aus. Die Regierung war verpflichtet, dem Landtag innerhalb von zwölf Monaten konkrete Sanierungsmassnahmen vorzulegen. Diese Frist lief im Dezember 2025 ab – passiert ist seither jedoch nichts.

Scharfe Kritik aus allen Fraktionen

Das «Zögern der Regierung» dominierte die Wortmeldun-



Regierungsrat Emanuel Schädler weiss, dass die Zeit drängt.

Bild: D. Schwendener (4.3.26)

gen. Der Abgeordnete Stefan Öhri (VU) forderte Klarheit, wann die Sanierungsmassnahmen endlich auf den Tisch kommen, da der Präventionsmechanismus längst einen Vorstoss erfordert hätte. Johannes Kaiser (FBP) verwies ebenfalls auf die strikte gesetzliche Verpflichtung der Regierung, zu handeln und Fristen einzuhalten. Die Argumentation von Gesellschaftsminister Emanuel Schädler, man wolle als neue Regierung keine «Schnellschüsse» riskieren, liess Kaiser nicht gelten. Auch Benjamin Risch (FL) forderte die Regie-

rung mit Nachdruck zu einer zeitnahen Vernehmlassung auf.

Diesbezügliche Kritik findet sich übrigens auch in dem vom Parlament behandelten Jahresbericht: Nämlich im Vorwort von Adrian Hasler, dem Präsidenten des AHV-Verwaltungsrats. Dieser hält im aktuellen Geschäftsbericht fest, er erwarte, dass die Regierung dem Landtag die notwendigen Massnahmen vorlegt, damit die Politik die richtigen Entscheide fällen kann. Thomas Rehak (DpL) stützte sich auf diese Aussagen und forderte,

die klaren Warnungen des Verwaltungsratspräsidenten ernst zu nehmen.

Das strukturelle Problem wächst weiter

Bereits seit dem Jahr 2003 erwirtschaftet das System zu wenig Beiträge im Vergleich zu den Ausgaben. Und deshalb ist die Frage nach der langfristigen Sicherung der AHV keine neue, sondern bereits viel diskutiert. Erich Hasler (DpL) nannte die AHV pointiert «das einzige legale Schneeballsystem» und warnte vor externen Schocks. Wenn ein grosser Arbeitgeber,

der für 6,5 Prozent der Einzahlungen verantwortlich sei, Arbeitsplätze abbaue, fielen schnell acht Millionen Franken an Beiträgen weg. Auch ein schwaches oder negatives Börsenjahr würde laut Thomas Rehak sofort ein grosses Loch in die Kasse reissen. Das System sei zwingend auf ein Wachstum bei den Beitragszahlern angewiesen, da sich das Problem ansonsten exponentiell vergrössere. «Deshalb haben wir nicht viel Zeit, zu reagieren», mahnte Rehak. Christoph Wenaweser (VU) blickte zudem in die Vergangenheit und kritisierte, der Staat habe sich aus der Solidargemeinschaft freigekauft und die Zeche den Leistungszählern überlassen.

Vier unbeliebte Stellschrauben

Die Sanierung wird für die Politik und wohl auch die Bürgerinnen und Bürger schmerzhaft. Zur Verfügung stehen lediglich vier Stellschrauben: Eine Erhöhung des Staatsbeitrags, höhere Lohnbeiträge, eine Anpassung der Rentenhöhe und die Anhebung des Rentenalters. Alle diese Massnahmen seien unbeliebt. Thomas Vogt (VU) sprach aus, was viele denken: An einer Erhöhung des Rentenalters werde man nicht herumkommen, da die Lebenserwartung gestiegen sei und diese Massnahme am effektivsten wirke.

Anderen Abgeordneten fällt dieser Schritt schwerer. Thomas Rehak erklärte, er wolle

das Rentenalter am liebsten um keinen Tag erhöhen und auch die Beiträge belassen. Er gab jedoch zu: «Obwohl ich nicht will, werde ich müssen.» Man werde an fast allen Stellschrauben drehen müssen, auch wenn dies unangenehm werde. Erich Hasler stimmte zu: Man müsse wählen – ob man wolle oder nicht – und sich letztlich für das kleinere Übel entscheiden.

Schädler kündigt zeitnahen Fahrplan an

Am Ende der Debatte lieferte Gesellschaftsminister Emanuel Schädler die geforderten Neuigkeiten. Er räumte ein, dass die laufenden Beiträge seit 20 Jahren nicht mehr zur Deckung der Leistungen ausreichen, und bestätigte den langfristigen Rückgang der Reserven. Schädler kündigte an, dass der Vernehmlassungsbericht zur Sicherung der AHV in den nächsten Wochen erscheinen werde.

Für die parlamentarische Behandlung skizzierte der Minister folgenden Fahrplan: Eine erste Lesung im Landtag sei für den Herbst 2026 angedacht, die zweite Lesung soll im ersten Halbjahr 2027 folgen. Schädler liess dabei keinen Zweifel an der Tragweite der bevorstehenden Eingriffe. Eine einzelne Massnahme werde nicht ausreichen, der Landtag werde zwingend einen Mix an Massnahmen und eine Kombination aus mehreren Stellschrauben beschliessen müssen.